

**Landespolitisches Programm
für Niedersachsen
Stand 30.08.2025**



Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	3
1. Familienpolitik	4
1.1 Erziehungsgehalt	4
1.2 Kinderkostengeld	4
1.3 Bezahlbarer Wohnraum auch für Familien.....	5
1.4 Kostenfreies Schwimmen bis zum vollendeten 6.	5
Lebensjahr	5
1.5 Jugend- und Vereinsarbeit.....	5
2. Bildungspolitik	7
2.1 Keine Experimente! Das wie, nicht das wo!	7
2.2 Inklusion	7
2.3 Integration	8
2.4. Wohnortnahe Schulstandorte	8
2.5. Lehrmittelfreiheit.....	8
2.6. Kostenfreies und qualitatives Schulessen	8
2.7. Freie Schulen	8
2.8. Innovationsfonds	9
3. Gesundheits- und Pflegepolitik	10
3.1 Förderprogramm für eine wohnortnahe, ärztliche	10
Versorgung.....	10
3.2 Krankenhausstrukturen	10
3.3 Geburt.....	11
3.4 Qualifizierung, Bezahlung und Betreuung des Personals.....	11
3.5 Mehr Zeit am Menschen	11
3.6 Alternative Lebensweisen	12
3.7 Ansprüche an Neubauten.....	12
4. Wirtschaftspolitik	13
4.1 Nachhaltiges Wirtschaften	13
4.2 Vergabe öffentlicher Projekte.....	14
4.3 Handwerk und Mittelstand stärken.....	14
4.4 Nachhaltige Produkte	14

4 .5 Klare Trennung von Politik und Wirtschaft.....	15
5. Mobilitätswende: Mobilität mit weniger Verkehr!.....	16
5.1. Fußverkehr.....	16
5.2. Radverkehr	16
5.3. ÖPNV	17
5.4. Bahnverkehr	18
5.5. Motorisierter Individualverkehr	19
5.6. Schiffsverkehr	20
5.7. Flugverkehr	20
6. Integrationspolitik	21
7. Innere Sicherheit	23
7.1 Bessere Polizeipräsenz.....	23
7.2 Strafrechtsreform	23
7.3 Präventionsmaßnahmen	24
7.4 Polizeieinsätze bei kommerziellen Großveranstaltungen	24
7.5 Kleinkriminalität	25
7.6 Ansehen von Polizei und Rettungskräften.....	25
7.7 Schutz der Persönlichkeitsrechte	25
8. Landwirtschaft.....	26
9. Demokratie	30
10. Natur- und Landschaftsschutz	34
11. Ökologie und Umweltschutz	35



Präambel

Das Fundament der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP)

Fest verankerte Wurzeln sind für die ÖDP ethische Normen und das daraus erwachsende Menschenbild. Durch ganzheitliches Denken und gemeinschaftliches Handeln will die ÖDP verantwortungsvolle Lösungen für eine langfristig lebensfreundliche Welt erreichen. Zum Welt- und Menschenbild der ÖDP gehört die Erkenntnis, dass der Mensch eingebunden ist in die Gesamtzusammenhänge des Lebens auf dieser Erde und so dazu beitragen muss, seiner persönlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Die ÖDP stellt sich den drängenden Herausforderungen unserer Zeit: dem fortschreitenden Klimawandel, dem krisenhaften ökonomischen Wandel, den gesellschaftlichen, kulturellen und ethischen Umbrüchen und nicht zuletzt den damit einhergehend veränderten Anforderungen an die Menschen.

Die Ökologisch-Demokratische Partei ist eine in Deutschland bundesweit agierende Partei.

Inhaltliche Schwerpunkte der Partei sind Demokratie, Umwelt- und Familienpolitik. Sie sieht sich in der politischen Mitte positioniert.



1. Familienpolitik

1.1 Erziehungsgehalt

Wir fordern ein Erziehungsgehalt, damit Familien zwischen kompletter oder teilweiser Eigenbetreuung wählen können. Bis zur Einführung eines bundesweiten Elterngeldes fordern wir ein Landes-Elterngeld in Höhe von 1000 € bis zum vollendeten 3 Lebensjahr. Das Erziehungsgehalt soll in Abhängigkeit von Alter und Anzahl der Kinder gezahlt werden. Es handelt sich um ein steuer- und sozialversicherungspflichtiges Gehalt.

Die ÖDP legt Wert auf die Tatsache, dass die Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern und die zuerst ihnen obliegende Pflicht sind (Grundgesetz, Artikel 6 (2)). Erfolgt im Trennungsfalle der Eltern hierbei keine Arbeitsteilung, spricht sich die ÖDP gegen eine generelle rechtliche Verpflichtung Alleinerziehender zur ganztägigen Erwerbstätigkeit aus. Eine einseitig auferlegte Dreifachbelastung mit Erwerbsarbeit, Erziehungsarbeit und der üblichen Alltagsbewältigung überlastet Alleinerziehende. Diese Belastung hat Auswirkung auf die Entwicklung der Kinder.

1.2 Kinderkostengeld

Grundsätzlich erhält jedes Kind nach Alter gestaffelt ein vom Einkommen der Eltern unabhängiges Kinderkostengeld. Dieses bemisst sich an den notwendigen Ausgaben. Ab Beginn der Volljährigkeit und bis zum Abschluss einer ersten Ausbildung erhält der junge Erwachsene eine finanzielle Grundsicherung in Existenzsichernder Höhe. Damit entfällt die Verpflichtung der Eltern, für ihre erwachsenen Kinder zu zahlen. Grundsätzlich sollen Eltern nicht mehr zur Grundabsicherung des Lebensunterhaltes ihrer volljährigen Kinder herangezogen werden.



1.3 Bezahlbarer Wohnraum auch für Familien

Die ÖDP Niedersachsen fordert ein Landesbauprogramm für bezahlbaren Wohnraum insbesondere für Familien mit zwei oder mehr Kindern und einem familiengerechten Zuschnitt.

In den letzten Jahren wurden Investitionen insbesondere im Bereich des barrierefreien Wohnens getätigt. Dadurch sind Familien vernachlässigt worden. Dies ist schnellstens zu ändern.

1.4 Kostenfreies Schwimmen bis zum vollendeten 6.

Lebensjahr

Die ÖDP Niedersachsen fordert kostenlosen Eintritt in öffentliche Schwimmbäder für alle Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr.

Untersuchungen zeigen, dass immer weniger Kinder schwimmen können. Das Erlernen darf nicht an den Kosten für Familien scheitern. Kinder (auch in Gruppen, zum Beispiel im Kindergarten) sollen alle die Chance haben schwimmen zu lernen.

1.5 Jugend- und Vereinsarbeit

Die ÖDP fordert die intensivere Unterstützung der Jugendarbeit durch das Land. Dazu gehören Übungsräume für Musik, Mediatheken, Bibliotheken oder auch sachgerecht ausgestattete Räumlichkeiten in Jugendtreffs sowie geeigneten Übungsgeländen im Freien.

Unser Ziel ist es, den Jugendlichen Möglichkeiten zu bieten, wie sie ihre Freizeit sinnvoll und aktiv gestalten können.

Die ÖDP fordert eine vermehrte Unterstützung des Landes für Sportvereine. Sport hat die Aufgabe, der bedenkenswerten Entwicklung zu Adipositas und weiteren Folgen durch Bewegungsmangel entgegenzuwirken.



Sport hilft auch bei der wichtigen Aufgabe, Menschen mit Migrationshintergrund über sportliche Aktivitäten in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Die Möglichkeit, Sport zu treiben, darf nicht durch finanzielle Hürden beeinträchtigt werden.

Wer ÖDP wählt, wählt Zukunft für Familien!



2. Bildungspolitik

2.1 Keine Experimente! Das wie, nicht das wo!

Die ÖDP fordert ein Ende der regelmäßigen Diskussionen über Schulsysteme mit oder ohne Gymnasien, Gesamtschulen etc. Jede Regierung experimentiert zu Lasten unserer Kinder.

Wir sehen es als elementar an, Lernmethoden zu etablieren, die den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen und das freie, kreative und selbstständige Lernen fördern.

2.2 Inklusion

Da die Qualität des Unterrichtes nur gewährleistet werden kann, wenn der Unterricht sowohl für Inklusionskinder als auch Nicht-Inklusionskinder gleichermaßen zielführend ist, fordern wir für Niedersachsen Klassengrößen von 15 Schülern zuzüglich max. 3 Inklusionsschüler bei gleichzeitiger Doppelbesetzung durch Lehrer statt Beratungszentren und mangelhafter Förderlehrer-Abdeckung. Das Land verpflichtet sich, das Lehrpersonal ausreichend zu schulen, psychologische und pädagogische Unterstützung anzubieten und das Thema Inklusion im Lehrplan an den niedersächsischen Universitäten entsprechend anzubieten und zu schulen.

Parallel sind Förderschulen zu erhalten, damit auch Kindern, die nicht mit diesem System beschult werden können, Bildung vermittelt werden kann.



2.3 Integration

Die Integration fremdsprachiger Kinder kann nur dann ausreichend erfolgen, wenn entsprechende Sprachkenntnisse vorliegen. Dazu ist Fachpersonal erforderlich und es kann nicht Aufgabe des bereits jetzt überlasteten, normalen Lehrpersonals sein, für die Deutschkenntnisse zu sorgen.

2.4. Wohnortnahe Schulstandorte

Die ÖDP setzt sich für wohnortnahe Schulstandorte, insbesondere im Grundschulsektor ein, insofern dies qualitativ machbar ist.

2.5. Lehrmittelfreiheit

Die ÖDP steht für kostenfreie Lehrmittel, denn Bildung darf nicht abhängig vom Einkommen sein.

2.6. Kostenfreies und qualitatives Schulessen

Die ÖDP setzt sich für kostenfreies Schulessen ein. Dies soll bevorzugt aus regionalen, gesunden und möglichst aus biologischem Anbau stammenden Zutaten zubereitet werden. Die Teilnahme am Schulessen darf nicht vom Einkommen abhängig sein. Um Stigmatisierung zu vermeiden ist es für alle kostenfrei zu stellen.

2.7. Freie Schulen

Jede anerkannte freie Schule soll die Lehrkräfte komplett vom Land bezahlt bekommen. Die Schulen sollen entsprechend so gefördert werden, dass Schulgelder für Eltern bezahlbar sind. Freie Schulen bieten innovative Lernkonzepte, die für Kinder neue Chancen bieten.

Entsprechend sind sie als Bereicherung zu fördern.



2.8. Innovationsfonds

Die ÖDP fordert einen Investitionsfonds zur Modernisierung von Schulen und einer zeitgemäßen Ausstattung.

Dieser Fonds ersetzt die bisherige Finanzierung auf lokaler Ebene durch eine Finanzierung auf Landesebene, um Unterschiede zwischen strukturschwachen und strukturstarken Kommunen und Kreisen auszugleichen.

In diesen Fonds haben die Kommunen, Landkreise, das Land Niedersachsen und die Wirtschaft einzuzahlen, da diese auch von qualifizierten Schulabgängern profitieren.

Wer ÖDP wählt, wählt neue Wege in der Bildungspolitik!



3. Gesundheits- und Pflegepolitik

3.1 Förderprogramm für eine wohnortnahe, ärztliche Versorgung

Die vorhandenen Förderprogramme zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum sind zu erweitern.

Gleichzeitig muss der derzeitige Bürokratieaufwand deutlich vermindert werden.

3.2 Krankenhausstrukturen

Wir fordern eine Landeskrankenhausplanung, die nicht durch Animositäten zwischen Landkreisen gestört werden darf.

In der entsprechenden Planung hat das Land Niedersachsen auch für eine flächendeckende Bereitstellung von Geburtshäusern und -stationen zu sorgen, die entsprechende Finanzierung ist zu unterstützen.

Die ÖDP Niedersachsen fordert, Krankenhäuser und Pflegeheime in gGmbH-Strukturen zu überführen, um das Profitstreben zu beenden.



3.3 Geburt

Wir unterstützen die Bundesratsinitiative „Für eine sichere Geburt“. Die bisher gängige Praxis der Terminbestimmung nach ‚Naegele‘ ist zu ungenau und soll durch einen Geburtszeitraum (SSW 37+0 bis 40+14) ersetzt werden.

Eine sichere Geburtshilfe ist nur mit ausreichend Hebammen und Fachärzten zu erreichen, deshalb ist eine 1:1 Betreuung während der aktiven Geburtsphase sicher zu stellen. Ein Eingreifen in eine normal verlaufende Schwangerschaft aus wirtschaftlichen Gründen ist abzulehnen.

Ebenso soll über die Risiken eines Kaiserschnittes ausführlich aufgeklärt werden. Die Kaiserschnitttrate soll auf das rein medizinisch notwendige Maß reduziert werden.

3.4 Qualifizierung, Bezahlung und Betreuung des Personals

Wir fordern das Land Niedersachsen auf, sich auf Bundesratsebene für eine angemessene Bezahlung des Pflegepersonals, eine qualifizierte Ausbildung und eine psychologische und medizinische Betreuung von Pflegepersonal einzusetzen.

3.5 Mehr Zeit am Menschen

Die ÖDP Niedersachsen fordert vom Land Niedersachsen, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass es zu einem Abbau der Bürokratie im Pflegesystem kommt und die Betreuungsschlüssel so geändert werden, dass das Pflegepersonal mehr Zeit für den Menschen selber hat.

Die Bedürfnisse der zu pflegenden Personen gehen über Essen und Hygiene hinaus. Dies muss berücksichtigt werden.

Zudem fordern wir eine bessere finanzielle Ausstattung ambulanter Pflege- und



Hospizdienste sowie der häuslichen Pflege durch Angehörige und / oder Freunde.

Pflegende Angehörige sollen für min. 1 Jahr mit Jobgarantie und unter Beibehaltung von Sozialversicherungen für die Pflege aus dem Arbeitsleben aussteigen können.

3.6 Alternative Lebensweisen

Die ÖDP Niedersachsen fordert vom Land Niedersachsen eine Unterstützung alternativer Wohnformen, wie zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser, Senioren-WG´s etc...

Die Unterstützung sollte Förderprogramme und Beratungsprogramme umfassen.

3.7 Ansprüche an Neubauten

Der Lebenswandel der aktuellen und kommenden Seniorengenerationen hat sich deutlich gewandelt. Daher setzt sich die ÖDP Niedersachsen für eine zeitgemäße Ausstattung der neu geplanten Seniorenheime ein.

Dies wären mehr Einzelzimmer, Internetzugang, Raucherräume, eingebundener Kiosk u.v.m...

Wer ÖDP wählt, wählt eine menschliche Gesundheits- und Pflegepolitik!



4. Wirtschaftspolitik

4.1 Nachhaltiges Wirtschaften

Wir treten für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft ein nach dem Motto: Ökonomie nur einvernehmlich mit Ökologie“. Im Markt regelt sich nicht alles, von selbst. Deshalb fordern wir neben sozialen, auch ökologische Mindeststandards. Eine umweltfreundliche Wirtschaftspolitik schafft mehr Anreize für bessere Energie-Effizienz sowie Technologie-Innovationen für erneuerbare Energien. Die Initiierung von mittelfristigen Projekten wie Solartechnik auf allen Dächern, mehr Blockheizkraftwerke, Erdwärme- und Biogas-Anlagen sowie flächendeckendes Gastankstellen-Netz und dezentrale Stromversorgung können dabei eine große Hilfe sein. In den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeinsparung, technischer und praktischer Umweltschutz gibt es sehr hohe Potentiale, um Arbeitsplätze aufzubauen und zu sichern.

Mit einer Steuerreform für Arbeit und Umwelt wollen wir die menschliche Arbeit entlasten und den Energie- und Rohstoffverbrauch belasten, um die erforderlichen Lenkungswirkungen für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung unseres Wirtschaftssystems zu erzielen: Legale Arbeit wird bezahlbar und Schwarzarbeit weniger attraktiv. Vor allem Dienstleistungen erhalten Auftrieb. Gleichzeitig entstehen Anreize zur Energie- und Rohstoffeinsparung.

Wir sind zudem davon überzeugt, dass das Streben nach ständigem materiellem Wachstum ein Irrweg ist. Wohlstand ist etwas anderes als „immer mehr und nie genug“. Ballast abwerfen ist eine Form von größerer Freiheit. Lieber fair und nachhaltig wirtschaften, als immer mehr verbrauchen und die Ressourcen plündern.



4.2 Vergabe öffentlicher Projekte

Öffentliche Projekte werden nur an Unternehmen und Subunternehmen vergeben, die sich an die geltenden Regelungen des Mindestlohns halten, keine Scheinselbstständigen beschäftigen und nicht durch Verstöße gegen Arbeitsgesetze aufgefallen sind. Hierbei sollen mittelständische, lokale Unternehmen wieder bevorzugt werden.

Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Infrastrukturbereich in ‚Öffentlich Privaten Partnerschaften‘ (ÖPP) steht die ÖDP kritisch gegenüber. Auf Grund der Verwendung von Steuergeldern ist bei bestehenden Projekten größtmögliche Transparenz herzustellen.

4.3 Handwerk und Mittelstand stärken

Handwerk, Kleingewerbe und Mittelstand stellen insgesamt nicht nur mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze als Großkonzerne zur Verfügung, sondern zahlen auch mehr Steuern. Deshalb gilt das Hauptaugenmerk ökologisch-demokratischer Wirtschaftspolitik sowie deren gezielten Förderung. Wir fordern übereinstimmend mit dem baden-württembergischen Handwerkstag einen verringerten Mehrwertsteuersatz auf arbeitsintensive Dienstleistungen. Die öffentliche Hand hat bei der Auftragsvergabe noch stärker auf mittelstandsgerechte Ausschreibungen zu achten.

Sichere Arbeitsplätze im Handwerk lassen sich unter anderem im Bereich der dezentralen und regenerativen Energieversorgung und in der Altbausanierung schaffen. Hierbei trägt das Handwerk in vorbildlicher Weise zum Klimaschutz und zur Reduzierung des Flächenverbrauchs bei.

4.4 Nachhaltige Produkte

Die ÖDP Niedersachsen fordert das Land auf, Projekte und Unternehmen zu för-



dern, die nachhaltige, reparierbare und langlebige Produkte entwickeln, um der ‚Wegwerfgesellschaft‘ entgegenzuwirken. ‚Reparieren statt wegwerfen‘ soll das Motto sein. Das Land Niedersachsen soll von der EU längere Garantiezeiten fordern.

4.5 Klare Trennung von Politik und Wirtschaft

Das Land Niedersachsen trennt sich von allen Wirtschaftsbeteiligungen wie z. B. der Anteile am Volkswagenkonzern. Die Politik ist derzeit zu sehr in wirtschaftliche Interessen verstrickt, um unabhängig und ausschließlich dem Gemeinwohl zu dienen.

Wer ÖDP wählt, wählt eine menschliche und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik!



5. Mobilitätswende: Mobilität mit weniger Verkehr!

Die ÖDP steht für eine umfassende ökologische Mobilitätswende. Diese ist mehr, als nur die herkömmlichen Verkehrsmittel gegen ökologischere auszutauschen. Sie umfasst Dezentralisierung durch eine bessere Stadt- und Raumplanung, Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung, Vernetzung verschiedener Verkehrsoptionen und ökologischere Antriebskonzepte. Der Verbrauch von Primärenergie und Rohstoffen sowie die Verursachung von Umweltschäden sind einzustellen.

Die ÖDP fordert:

Mobilität muss Bürgerinnen und Bürgern erlauben, umweltfreundlich, komfortabel, zügig und flexibel Distanzen zu überwinden. Dafür sind alle Optionen zu fördern, die Verkehr vermeiden oder reduzieren.

5.1 Fußverkehr

Mobilität ermöglicht Menschen die Teilhabe in unserer Gesellschaft.

Die ÖDP fordert:

- Ausbau der Fußwegeinfrastruktur
- Breite, barrierefreie Gehwege
- Konsequente Ahndung des Gehwegparkens

5.2 Radverkehr

Umweltfreundliche Formen der Mobilität müssen ausgebaut und gefördert werden.

Die ÖDP fordert:



- Aufbau, Ausbau und Lückenschluss des Radwegenetzes
- Errichtung ausreichender Fahrradstellplätze im öffentlichen Raum und an ÖPNV-Haltestellen
- Verpflichtung zur Errichtung von Radwegen bzw. Radschutzstreifen auf allen kommunalen Straßen, die gemäß RAST (Richtlinien für die Anlage der Stadtstraßen) eine ausreichende Breite und valide verkehrstechnische Merkmale aufweisen
- Vorgaben für Abstellplätze für Lastenräder und Dreiräder von gesundheitlich eingeschränkten Personen vor Läden und öffentlichen Einrichtungen (Kitas, Schulen, Sportstätten, etc.)
- Maßnahmenpaket zur Erhöhung der Radverkehrssicherheit:
- Messung des Mindestüberholabstandes (innerorts 1,50 m, außerorts 2,00 m) und Ahndung von Verstößen
- Vermeidung von Autoparkplätzen an Radwegen und Radschutzstreifen (Unfallprävention)
- Kostenlose Fahrradmitnahme in der Bahn auf Regionalstrecken
- Förderung von Rad-Sharing-Angeboten
- Finanzielle Anreize für Bürgerinnen und Bürger, die ein Pedelec bzw. Lastenrad mit StVZO-Zulassung kaufen
- Regelmäßige Erhebung der kommunalen Verkehrsmittelwahl (Modalsplit) und Zielvorgaben für den Radverkehrsanteil
- Kommunale Kampagnen (Online, Print, Veranstaltungen) zur Steigerung des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehr

5.3 ÖPNV

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) im Land muss auch in der Fläche für die Bevölkerung zu einer interessanten Alternative gegenüber dem motorisierten Individualverkehr werden.



Die ÖDP fordert:

- Überregionale / interkommunale Vernetzung des ÖPNV über Landkreis- und Bundeslandgrenzen hinweg
- Erleichterte Mitnahme von Fahrrädern, Kinderwagen und Rollstühlen im ÖPNV und Bahnverkehr, insbesondere durch Ausweisung von mehr und geeigneten Stellplatzkapazitäten

5.4 Bahnverkehr

Ein leistungsfähiges Schienennetz ist als zukunftssicheres Verkehrssystem unabdingbar.

Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass Güter- und Personenverkehr in möglichst großem Umfang von der Straße auf die Schiene und/oder die Wasserwege verlegt werden. Die Infrastruktur für den Schienen- und Wasserverkehr ist ökologisch verträglich auszubauen.

- Erhöhung der Investitionen in ein flächendeckendes Schienennetz. In Niedersachsen zugunsten der zukunftsfähigen Gestaltung ist eine umfassende Schienen-Generalsanierung notwendig.

Die ÖDP fordert:

- Rückbaustopp für Bahnstrecken und Reaktivierung stillgelegter Strecken
- Förderpolitische Gleichbehandlung von Netzinstandsetzung und Neubauprojekten
- Eine flächendeckende Bahn für alle statt prestigeträchtiger, angedachter Neubauten.

Für Niedersachsen fordert die ÖDP die Umsetzung des Konzepts ‚Alpha-E‘: die Reaktivierung von stillgelegten Bahnanlagen und Gleisen ist ökologisch wertvoll und schützt Flora-Fauna-Lebensräume, die durch Neubauten zerschnitten und zerstört würden.

Die Forderung nach Alpha-E, Ausbau der Schiene im Hafenhinterland, süd-östlich



von Hamburg nach Hannover und weiter Richtung Stendal, und südwestlich von Hamburg über Wilhelmshaven ins Ruhrgebiet, hat auch nach über 10 Jahren intensiver Diskussion & Planung mit Politik und DB AG, ihre Gültigkeit.

Die ÖDP Niedersachsen fordert, dass mit der geplanten Schienen-Generalsanierung, in Niedersachsen ab 2029 beginnend, so viel ‚Alpha-E‘ wie möglich umgesetzt wird.

- Ausbau von Strecken
- Keine weiteren Privatisierungen der staatlichen Bahnbetriebe
- Steigerung des Schienengüterverkehrs
- Barrierefreier Ausbau aller Bahnhöfe auch in kleineren Orten
- Rückkehr zu einer „Bahnhofskultur“ mit Läden, Imbiss, Restaurants und Kleinkunstabühnen
- Weiterentwicklung des autonomen Fahrens auf der Schiene, um Chancen für kostengünstige Angebote zu erschließen

5.5 Motorisierter Individualverkehr

Umweltverträglichere Alternativen sind zu schaffen, auszubauen und zu fördern.

Die ÖDP fordert:

- Reduktion der PKW-Flotte durch attraktive Alternativen zum eigenen Auto wie Car-Sharing-Angebote
- Neubaustopp für Autobahnen und Fernstraßen
- Beschleunigter Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur mit genügender Dichte der Ladestationen
- Reform der Tempolimits: 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30 km/h in geschlossenen Ortschaften mit Ausnahme geeigneter Hauptstraßen
- Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf Schiene oder Wasserwege
- Keine Subventionen für autonomen motorisierten Individualverkehr, Flugtaxis und jegliche Mobilitätsform, bei der eine breite gesellschaftliche Teilhabe nicht



absehbar ist

5.6 Schiffsverkehr

Die ÖDP fordert:

- Ausschließlich ökologisch verträglicher Ausbau der Schifffahrtswege
- Schiffsantrieb nur ohne wasser- und luftgefährdende Treibstoffe
- Unterstützung des Antriebs von Hochseeschiffen durch Nutzung der Windkraft
- Verbot der Eigenstromerzeugung mit Verbrennungsaggregaten auf Schiffen in Häfen und an Anlegestellen

5.7 Flugverkehr

Der Flugverkehr wird global nur von einer Minderheit auf Kosten der Allgemeinheit in Anspruch genommen. Der Flugverkehr verursacht erhebliche Klimaschäden, weil Treibhausgase in Luftschichten emittiert werden, in denen ihre Klimawirksamkeit 2- bis 5-mal höher ist als bei bodennahen CO₂-Emissionen.

Die ÖDP fordert:

- Kein Aus- und Neubau von Flughäfen
- Ersatz des innereuropäischen Flugverkehrs durch Hochgeschwindigkeits- und Nachtzüge

Wer ÖDP wählt, wählt eine Verkehrspolitik mit Zukunft!



6. Integrationspolitik

Flüchtlinge integrieren – Menschenwürde respektieren

Die ÖDP sieht grundsätzlich den Menschen an allererster Stelle. Die ÖDP steht für die Integration derer, die friedlich sind und das Grundgesetz mit seinen unveräußerlichen Grundrechten anerkennen sowie hier eine neue Heimat finden möchten. Wer das Grundgesetz nicht anerkennen will, soll die entsprechenden Konsequenzen ziehen müssen.

Dies bedeutet für uns, dass Flüchtlinge integriert und die Lebensbedingungen in Krisenregionen verbessert werden. Die ÖDP fordert die konsequente Bekämpfung von Fluchtursachen wie z. B. Rüstungsexporte in Länder, welche die Menschenrechte nicht einhalten, zu verbieten. Ungerechte Weltwirtschaftsstrukturen müssen unterbunden werden.

Das Asylrecht gilt es zu schützen, die Verfahren sind zu beschleunigen, ehrenamtliche Helfer/-innen besser zu unterstützen. Die Formularflut, nur um das tägliche Leben eines Flüchtlings zu bewältigen, ist umgehend zu reduzieren und stattdessen Helfer/-innen einzusetzen, die vor Ort behilflich sind. Der Verdienstausfall für diese Art helfender Unterstützung sollte unbedingt erstattet werden. Integration muss im Kindesalter beginnen, eine besondere Aufgabe für Eltern, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen. Speziell die Sprachförderung schon im frühkindlichen Alter ist ein unabdingbares Muss. Mindestens eine zweisprachige Schulbildung soll angeboten werden. Auch kulturelle Unterschiede sollten gegenseitig an Schulen gelehrt werden, um die nötige Akzeptanz besser zu fördern. Religionsunterricht wird nur durch staatlich anerkanntes Fachpersonal in den Schulen und in deutscher Sprache erteilt. Frauen und Männer sind in unserem Land gleichberechtigt. Wir müssen konse-



quent dafür sorgen, dass sich alle Menschen jederzeit an jedem öffentlichen und privaten Ort sicher bewegen können.

Das Wissen und die Erfahrung der seit langem hier lebenden Bürger mit Migrationshintergrund sind ebenfalls als bereichernde Basis für die interkulturelle Verständigung und Akzeptanz zu nutzen.

Wer ÖDP wählt, sagt ja zur Integration und gestaltet sie mit!



7. Innere Sicherheit

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit gehört zu den ursprünglichen und zentralen Aufgaben des Staates. Das gemeinschaftliche Leben in unserer Gesellschaft wird immer schwieriger, bedingt durch gezielte Aggression, zunehmender Computer- und Internetkriminalität sowie Kinder- und Jugendkriminalität.

7.1 Bessere Polizeipräsenz

Massiver Personalmangel bei Polizei und Justiz führen dazu, dass man den modernen Methoden der Kriminalität nicht mehr gewachsen ist.

Während in Berlin eine deutlich höhere Polizeipräsenz als in Bayern oder Niedersachsen zu verzeichnen ist, Niedersachsen zählt 1 Polizisten auf 440 Einwohner, verwundert es nicht, dass die Quote der Straftaten proportional höher ist.

Die ÖDP Niedersachsen fordert flächendeckend eine erhöhte Personalausstattung, der ‚Schutzmann an der Ecke‘ muss wieder Alltag werden. Eine personelle Verstärkung der Polizei für die bessere Besetzung örtlicher Polizeidienststellen rund um die Uhr für mehr Bürgernähe. Mehr Polizeipräsenz und Überwachungsmaßnahmen an Brennpunkten und sicherheitsrelevanten Plätzen zur Gewährleis-

tung der Inneren Sicherheit. Der Stellenabbau bei der Polizei ist umgehend zu stoppen, der Beruf als solches attraktiver zu gestalten, eine ‚Sonderlaufbahn Polizei‘ ins Leben zu rufen. Kompetenz im Bereich ‚Wirtschafts- und Computerkriminalität‘ ist durch externe Fachkräfte zu erweitern.

7.2 Strafrechtsreform

Eine Strafrechtsreform ist durchzuführen. Straftaten gegen die körperliche Un-



versehrtheit und gegen sexuelle Selbstbestimmung müssen deutlich härter bestraft werden als Eigentumsdelikte. Kommunen muss das Recht eingeräumt werden, ein örtlich begrenztes und zeitlich befristetes Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen auszusprechen.

Opfer müssen endlich als solche wahrgenommen und die Täter dann auch umfänglich zur Verantwortung gezogen werden.

7.3 Präventionsmaßnahmen

Zur Vermeidung von Gewaltdelikten, insbesondere durch Jugendliche, sind Präventionsmaßnahmen sehr wichtig. Schulen, soziale Institutionen, christliche und andersgläubige Einrichtungen sind in die Aufklärungs- und Bildungsarbeit einzubeziehen. Über eine Bundesratsinitiative fordern wir, dass Kindern ab 12 Jahren, die mit Strafen bedrohte Handlungen begangen haben, mit ‚Sozialarbeit‘ die Möglichkeit gegeben werden soll den Weg in die sichere und gewaltfreie Gesellschaft zurückzufinden. Neben der Prävention ist beim Umgang mit Jugendkriminalität die rasche Konsequenz nach der Tat von besonderer pädagogischer Bedeutung, eine wesentliche Verkürzung des Strafverfahrens ist einzuführen.

7.4 Polizeieinsätze bei kommerziellen Großveranstaltungen

Organisationen, die kommerziell ausgelegte Veranstaltungen abhalten, bei denen vorsorglich polizeiliche Schutzmaßnahmen erforderlich sind, müssen die Kosten für diese Maßnahmen selber tragen.



7.5 Kleinkriminalität

Kleinkriminalität darf nicht durch Verwaltungsakte statt Aufklärung abgetan werden. Den zuständigen Polizeibeamten muss die Möglichkeit gegeben werden solche Delikte aufzuklären.

7.6 Ansehen von Polizei und Rettungskräften

Dem immer weiter schwindenden Ansehen von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften muss strikt entgegengewirkt werden. Wer diese Einsatzkräfte in ihrer Arbeit behindert, muss vorrangig bestraft werden. Die sichere Gesellschaft ist die Grundlage für eine soziale Gesellschaft.

Die ÖDP fordert auch eine Kennzeichnung von Polizeibeamten im Dienst, die eine zweifelsfreie Identifikation zulässt, um Vergehen zu ahnden.

7.7 Schutz der Persönlichkeitsrechte

Wir bekennen uns zu den bürgerlichen Freiheitsrechten, wie dem Grundrecht auf den Schutz privater Daten, dem Telekommunikationsgeheimnis und der Unverletzlichkeit der Wohnung durch staatliche Behörden. Unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung werden durch staatliche Behörden die Freiheitsrechte der BürgerInnen ausgehöhlt, ohne dass eine tatsächliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht.

Wer ÖDP wählt, sagt ja zu einem sicheren Niedersachsen!



8. Landwirtschaft

Niedersachsen ist das Agrarland Nummer 1 in Deutschland. Die ÖDP sieht, anders als die etablierten Parteien, in der Landwirtschaft das wichtigste produktive Gewerbe überhaupt und im Boden die Quelle aller Güter und Werte. Sie setzt sich ein für eine boden-, umwelt- und naturverträgliche Landwirtschaft, für ein möglichst breites Artenspektrum und für die Erhaltung altbewährter Pflanzensorten und Tierrassen.

Die ÖDP wehrt sich dagegen, dass der Energiebedarf unserer Gesellschaft zu Lasten von Grundnahrungsmitteln befriedigt wird.

Die industriemäßige Agrarproduktion – ob im Sozialismus als Kolchose oder im Kapitalismus unter neoliberalen Management – handelt nach rein ökonomischen Grundsätzen ohne Rücksicht auf die Natur. Sie betreibt eine Verschwendung fossiler Energieträger und anderer nicht regenerierbarer Ressourcen, die in diesem Umfang nur noch wenige Jahrzehnte andauern kann. Viele ignorieren sowohl die vielfältigen Gefahren, die von unsachgemäßer, oft auch übermäßiger Anwendung sowohl von synthetischen Düngemitteln als auch Wirtschaftsdüngern, Pestiziden und Antibiotika ausgehen, als auch die Risiken des Einsatzes von gentechnisch veränderten Organismen (GVO).

Der Mensch könnte auch mit weniger Rind, Schwein und Geflügel auskommen. Er müsste aber ohne das unscheinbarste aller Nutztiere, nämlich die Biene, auf wesentliche Nahrungsbestandteile verzichten.

Die ÖDP fordert:

1. Der bäuerliche Berufsstand und der ländliche Raum insgesamt sind aufzuwerten. Ein Existenzsicherungsvertrag für alle Bauern in Niedersachsen muss den Landwirten Sicherheit geben und die Pflege der Kulturland-



schaft honorieren.

2 . Eine Umschichtung der EU-Agrarsubventionen für mehr Umwelt- und Tier-schutz, eine grundlegende Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach ökologischen und sozialen Kriterien.

3. Die Agrarförderung soll verstärkt der bäuerlichen, ökologischen Landwirt-schaft, insbesondere den Klein- und Mittelbetrieben, zugutekommen.

Konsequente Umsetzung des Ziels der Bundesregierung für einen Ausbau des Ökolandbaus auf 20 %.

4. Exportüberschüsse in Länder des Südens müssen gestoppt werden, um lo-kale Märkte und Existenzen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern nicht zu zerstören.

5. Die Bodenfruchtbarkeit ist zu verbessern, ökologische Fruchtfolgesyste-me sollen wiederhergestellt werden.

6 . Niedersachsen muss sich in seiner Verfassung als Standort der gentechnik-freien Agrarwirtschaft festlegen. Saat- und Pflanzgut, Ernteerzeugnisse, Zierpflanzen, Futter- und Lebensmittel müssen absolut frei sein von gen-technischen Veränderungen.

7. Eine kostenlose Öko-Beratung für die Verbraucher und kostenlose Schad-stoffkontrollen ihrer Produkte für die Landwirte müssen zur Verfügung stehen.

8. Die Zulassungsverfahren von Wirkstoffen und Pflanzenschutzmitteln müs-sen verstärkt, sowohl ökologische als auch Kombinations- und Langzeit-wirkungen, berücksichtigen.

9. Verstößen gegen die Düngeverordnung und gegen das Pflanzenschutzge-setz.

10. Die Erstellung von ökologisch verträglichen Bekämpfungsplänen gegen



gefährliche und invasive Arten wie z. B. Jakobs-Kreuzkraut oder Riesen-Bärenklau sowie die Einführung einer entsprechenden Meldepflicht.

11. Die Einrichtung des Amtes eines unabhängigen Landes-Tierschutzbeauftragten mit Klagebefugnissen, der von den anerkannten Tierschutzverbänden vorgeschlagen wird.

12. Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung ist auf ein Minimum, z. B. auf tiermedizinische Notfälle, zu beschränken.

13. Der Bienenschutz in seinen vielfältigen Aspekten ist zu stärken, u.a. durch allgemeine Verringerung und Ersatz von systemischen Beiz- und Pflanzenschutzmitteln. Wir fordern ein sofortiges Anwendungsverbot aller Pflanzenschutzmittel aus der Wirkstoffgruppe der Neonikotinoide. Wir fordern den Schutz und Ausbau von Biotopen wie z.B. Ackerrändern und Benjeshecken sowie die Förderung der Einsaat von ein- und mehrjährigen Blühmischungen.

14. Verringerung und Ersatz von synthetischen Beiz-, Spritz- und Düngemitteln, Schutz von Biotopen wie Ackerrändern und Kleingehölzen, Förderung des Anbaus von allgemein verträglichen Wildkräutern und Blühmischungen.

15. Eine ökologisch ausgerichtete, praxisorientierte Agrarforschung ist zu intensivieren, insbesondere auch im Blick auf standortangepasste Kulturpflanzen mit gegenwärtig geringem Flächenanteil.

16. Ausbau des Grundwasser- und Bodenschutzes, insbesondere mit dem Ziel eines Verbots von Agrartechniken, die zu irreversiblen Bodenschädigungen führen.

17. Verbot von nicht artgerechter, Umwelt und Mensch schädigender Massentierhaltung.



18. Die ÖDP fordert mehr Naturschutz im Wald, den Aufbau und die Unterstützung naturnaher Wälder ohne Kahlschläge; Förderung der Umsetzung des Waldkonsenspapiers und entsprechende Anpassung des Landeswaldgesetzes.

Die ÖDP unterstützt:

19. Die Existenzsicherung bäuerlicher, insbesondere ökologisch bewirtschafteter Familienbetriebe und Beratungsangebote bei der Hofübergabe und -übernahme.

20. Die Förderung von Schulbauernhöfen im Rahmen des Projekts „Lernort Bauernhof“.

21. Die Förderung der Selbstvermarktung durch Landwirte einschließlich deren Kooperation mit kleinen Gewerbebetrieben.

22. Die Förderung von Züchtung, Anbau und Nutzung von Pflanzen zur natürlichen Bodenverbesserung und Eiweißfuttermittelproduktion.

23. Die Förderung der Saatgutbereitstellung bei alternativen Energie- und Bienenweidepflanzen

*Wer ÖDP wählt, setzt sich ein für die Existenzsicherung der
bäuerlichen Familienbetriebe, die Hand in Hand geht mit der
regionalen Produktion von einwandfreien Nahrungsmitteln, die auch
für die breite Bevölkerung erschwinglich sind!*



9. Demokratie

Zahlreiche Finanz- und Spendenaffären bestätigen unsere Forderung nach einem Verbot von Parteispenden durch Firmen, Konzerne und Wirtschaftsverbände. Ursprünglich wurde den Parteien im Grundgesetz ein »Mitwirkungsrecht an der politischen Willensbildung des Volkes« zuerkannt. Heute versuchen Interessenvertreter der Wirtschaft, große Teile des öffentlichen Lebens unter ihre Kontrolle zu bringen. So werden immer mehr Gesetze und Verordnungen in Lobbyistenkreisen vorformuliert; die Gesetzgebung wird dadurch von den gewählten Gremien in die Wirtschaft verlagert. Parteien müssen sich in diesem Zusammenhang ihre finanzielle Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit zurückholen.

Viele BürgerInnen sehen ihre Interessen nicht mehr vertreten. Es wachsen Unverständnis, Verdruss und ein Gefühl der Ohnmacht. Dies schlägt sich in Schwachen Wahlbeteiligungen oder Proteststimmen für extreme Parteien nieder. Bürgerschaftlicher Protest nimmt zu. Die Demokratie als zentraler Wert unserer Gesellschaft muss aber unbedingt bewahrt, ja sogar bestärkt werden. Dazu bedarf es möglichst vieler engagierter und verantwortungsbewusster BürgerInnen und stärkerer Elemente der direkten Demokratie.

Die ÖDP fordert:

Spenden von Firmen und Großorganisationen an politische Parteien und Wählervereinigungen sind zu verbieten, um die Käuflichkeit von Parteien zu verhindern.

1. Das Sponsoring von Parteitagten soll verboten werden.
2. Die Einführung von benutzerfreundlichen Informationsportalen im Internet auf den Ebenen des Landes, der Landkreise und der Gemeinden, damit sich die BürgerInnen über Gesetze, Verordnungen und Vorschriften infor-



mieren können.

3. Die Einrichtung einer Meldestelle für Verdachtsfälle auf Sozialabgabenbetrug und Korruption in der Wirtschaft.

4. Die Einführung einer Karenzzeit von zwei Jahren für ehemalige Amtsträger, wenn die geplante Erwerbstätigkeit im Bereich der ehemaligen Zuständigkeit liegt. Damit soll die Möglichkeit einer persönlichen Vorteilsnahme verhindert werden.

5. Ein modernes, deutlich verbessertes Informationszugangsgesetz (Transparenzgesetz), mit dem jeder das Recht auf Akteneinsicht oder einen Auskunftsanspruch gegenüber Ämtern, Behörden und Verwaltungen hat.

6. Keine Aufsichtsratsmandate, Vorstandstätigkeiten oder Beraterverträge in Wirtschaftsunternehmen für Regierungsmitglieder.

7. Die Verkleinerung des Landtags um 20 %, um Kosten zu reduzieren.

8. Die Abschaffung der 5 %-Hürde bei Landtagswahlen.

9. Die Möglichkeit der akzentuierten Listenstimme für Wählerinnen und Wähler. Mit dieser zusätzlichen Stimme soll der Einzug von gewählten Abgeordneten nicht allein von der Listenaufstellung der Parteien abhängen. Die BürgerInnen können damit die Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten auf den Parteilisten verändern.

10. Ein Landtagsabgeordneter darf nicht in Aufsichtsgremien von privaten Wirtschaftsunternehmen vertreten sein.

11. Die Koppelung der Erhöhung der Diäten von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern an die tarifliche Erhöhung im Öffentlichen Dienst.

12. Volksbegehren auf Landesebene sind durch die deutliche Herabsetzung der geforderten Mindestzahl der Unterstützungsunterschriften zu erleichtern. Beim Volksentscheid soll die einfache Mehrheit gelten. Abstimm-



nungshürden müssen beseitigt werden.

13. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen entsprechend erleichtert und auf Kreis- und Gemeindeebene neu eingeführt werden.

14. Einbindung der Bürgerschaft über die Lokale Agenda 21 in kommunale Entscheidungen.

15. Die Beschränkung von Volks- und Bürgerbegehren auf einige wenige Politikfelder muss aufgehoben werden.

16. Vollständige Öffnung der Bauleitplanungen für Bürgerbegehren.

17. Für Großprojekte im Land und in den Kommunen muss es zwingend Bürgerentscheide geben. Diese sind von der planenden Behörde zu organisieren und zu tragen. In diesem Bürgerentscheid ist zum einen eine generelle Zustimmung zum Projekt und alternative, maximale Ausgabenhöhen zu erfragen.

18. Die Abwahlmöglichkeit von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern durch einen Bürgerentscheid.

19. Der/die Landesdatenschutzbeauftragte ist nicht mehr dem Innenministerium, sondern direkt dem Landtag, zuzuordnen. Dieser wählt sie/ihn mit 2/3-Mehrheit.

20. Bei eventuellen Wahlen und Abstimmungen auf elektronischem Wege sind höchste Maßstäbe an Datensicherheit und Überprüfbarkeit zu stellen.

21. Die ÖDP Niedersachsen fordert die Wiedereinführung von Listenverbindungen zu Kommunalwahlen. Gleichzeitig fordern wir eine Senkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 14 Jahre.

22. Die Bildung von Wahlbereichen soll aus dem Kommunalwahlrecht gestrichen werden.

23. Ausschusssitzungen, auch im Verwaltungsausschuss (Hauptausschuss),



müssen zum Großteil öffentlich abgehalten werden.

24. Die ÖDP Niedersachsen fordert die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre. Weiterhin fordern wird die Einführung der freien Listenwahl, auch bei Landtagswahlen, durch kumulieren und panaschieren.

*Wer ÖDP wählt, setzt sich für die Entflechtung von Politik und
Wirtschaft ein und erleichtert die Beteiligung der Bürgerinnen und
Bürger an politischen Entscheidungen!*



10. Natur- und Landschaftsschutz

Niedersachsen hat eine vielfältige Natur- und Kulturlandschaft. Diese Vielfalt an Lebensräumen, Tier- und Pflanzenarten zu bewahren, ist für uns von der ÖDP ein zentrales Anliegen.

Die ÖDP fordert:

1. Die noch bestehenden natürlichen und naturnahen Freiräume müssen gesichert und der Bestand an Naturschutzgebieten erheblich ausgeweitet werden. Aufstellung eines Landesnaturschutzprogramms: Schutz der bedrohten Tier- und Pflanzenwelt durch Erhalt, Vernetzung und Erweiterung von Biotopen auf bis zu 15 % der Landesfläche. Hierzu sind vorhandene Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (FHH) ggf. zu vergrößern und entsprechend geeignete, weitere Gebiete zu melden. Verbesserung der Umweltbildung. In den nächsten Haushalten darf der Naturschutz keinen Kürzungen unterliegen.
2. Niedersachsen muss zur gentechnikfreien Zone erklärt werden.
3. Die größeren Schutzgebiete müssen von Hauptamtlichen betreut werden.
4. Ein Feld-, Wald- und Gewässerschutz mit polizeilicher Befugnis ist flächendeckend einzurichten.
5. Die Vergabe von Betreuungsverträgen an die Naturschutzverbände muss ausgeweitet werden.

Wer ÖDP wählt, sorgt dafür, dass der Naturschutz in Niedersachsen eine noch größere Bedeutung erhält!



11. Ökologie und Umweltschutz

Die Politik der ÖDP orientiert sich in allen Bereichen am Grundsatz der Nachhaltigkeit.

Umweltpolitik muss darauf ausgerichtet sein die natürlichen Lebensgrundlagen Luft, Wasser und Boden möglichst unbelastet zu erhalten und damit einen wirkungsvollen Beitrag zur Lösung globaler Probleme wie die Erderwärmung durch den Treibhauseffekt oder die Zerstörung der Ozonschicht zu leisten. Die weitere Zersiedelung der Landschaft und die damit unvermeidliche Verminderung der biologischen Artenvielfalt (Biodiversität) müssen weitestgehend verhindert werden. Trotz beschlossenen Atomausstieg bilden die noch laufenden Atomkraftwerke ein kontinuierliches Risiko. Sie müssen deshalb schnellstmöglich stillgelegt werden. Die weitere Erzeugung von Atommüll ist unverantwortlich. Eine zentrale Strategie der Umweltpolitik muss die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch sein.

Unsere Zivilisation belastet die Umwelt in erheblichem Maße. Es muss uns allen bewusst werden, dass ein verschwenderischer Lebensstil auf Kosten nicht nur der nachfolgenden Generationen, sondern auch aller Mitmenschen geht. Gefordert sind wir hier insbesondere auch als Konsumenten.

Die ÖDP fordert:

1. Die Entwicklung und Verbreitung von energie- und ressourcensparenden Produktionstechniken müssen mit Hilfe landesweiter Förderprogramme unterstützt werden.
2. Der Atommüll und seine Behälter müssen über Jahrtausende hinweg regelmäßig überprüfbar sein. Gorleben ist als Endlager ungeeignet. Wir müssen feststellen, dass es überhaupt kein Endlager geben kann.



3. Die Versicherung von Atomkraftwerken muss auch die möglichen Folgen eines Super-GAUs umfassen.
4. Sofortiger und unwiderruflicher Stopp des Fracking.
5. Hochwasserschutz soll in der Fläche betrieben werden. Der Rückbau ausgebauter Gewässer, ihre Renaturierung bzw. Revitalisierung müssen vorangetrieben werden, damit diese wieder natürlich und lebensfähig werden.
- 6 . Vollkommener Schutz intakter Moorflächen. Der Torfabbau muss deutlich reduziert werden. Über eine Torfsteuer (gültig auch für Importe) sollen Forschung und Entwicklung von Torfersatzstoffen für den Erwerbsgartenbau finanziert und der preisliche Nachteil derzeitiger Ersatzstoffe ausgeglichen werden.
7. Was die verschiedenen Landtage von Österreich schon beschlossen haben, muss auch Niedersachsen schaffen: aktiver Einsatz für die Idee des Global-Marshall-Plans. Diese Initiative von Wissenschaftlern und Vordenkern will eine weltweite öko-soziale Wirtschaftsordnung schaffen und ökologisch-soziale Mindeststandards in Entwicklungs- und Industrieländern durchsetzen. Sie setzt sich für die Verwirklichung der sogenannten UN-Millenniumsziele ein und hat dafür wirksame Finanzierungsinstrumente entwickelt. Die ÖDP ist als einzige deutsche Partei aktive Unterstützerin des GMP (www.globalmarshallplan.org).
8. Die Herstellung von langlebigen und reparaturfreundlichen Produkten ist im Sinne von Nachhaltigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.
- 9 . Förderung von Initiativen wie Repair-Cafés durch das Land.
10. Durchführung von Aufklärungskampagnen zum Kauf langlebiger Produkte.



*Wer ÖDP wählt, kämpft für die Erhaltung der natürlichen
Lebensgrundlagen hier im Land und weltweit!*

Das landespolitische Programm wurde auf dem Landesparteitag am
10.3.2018 in Wolfsburg beschlossen und auf dem Landesparteitag
am 30.08.2025 in Hannover letztmals bearbeitet.